

## Protokoll

über die Gemeindeversammlung von Dienstag, 4. Dezember 2007, 19.30 Uhr im Gemeindesaal, Baselstrasse 6.

---

Am Dienstag, 4. Dezember 2007, 19.30 Uhr versammelten sich die stimmberechtigten Personen der Einwohnergemeinde Grellingen nach Publikation der Traktandenliste im Wochenblatt vom 15. November 2007, Mitteilung an alle Haushalte und Anschlag zur Behandlung folgender

### TRAKTANDEN

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 9. Mai 2007.
2. Genehmigung des Voranschlages 2008:  
Festsetzung der Steueranlagen, der Gebühren und Abgaben.
3. Erteilung des Gemeindebürgerrechtes an:
  - a) Familie Jovanovic: Herr Tomislav Jovanovic, Jg. 1950, Frau Milena Jovanovic geb. Radulovic, Jg. 1967, und die Kinder Dragan Jovanovic, Jg. 1991, und Milos Jovanovic, Jg. 1993; Staatsangehörige von Serbien und Montenegro.
  - b) Frau Mimoza Maliki Ahmeti, Jg. 1983, Staatsangehörige von Mazedonien.
  - c) Familie Chandrabalan: Herr Sivakumar Chandrabalan, Jg. 1971, Frau Kavitha Sivakumar geb. Thurairajah, Jg. 1976, und die Kinder Sivanajani Sivakumar, Jg. 1999, und Akchayan Sivakumar, Jg. 2004, Staatsangehörige von Sri Lanka.
4. Bewilligung von Verpflichtungskrediten für folgende Projekte:
  - a) Fr. 79 000.00 für das Projekt Ausstellung Dorfgeschichte,
  - b) Fr. 80 000.00 für die Erarbeitung des Zonenplanes und die Zonenvorschriften Landschaft,
  - c) Fr. 345 000.00 für den Erschliessungsweg Unterdorf West und Genehmigung des Perimeterplanes und der Beitragstabelle,
  - d) Fr. 700 000.00 für den Ausbau des Ortsnetzes der Kabelfernsehanlage.
5. Verschiedenes.

Änderungen zur Traktandenliste werden nicht verlangt.  
Stimmberechtigt sind alle Schweizer Bürger, die das 18. Altersjahr erreicht haben, und in Grellingen wohnen.

Als Stimmzähler werden vorgeschlagen und bestätigt:

Herr Marcel Kobler  
Herr Peter Montavon

• Teilnehmende:

43 Stimmberechtigte

• Gäste:

Pressevertreter:

Herr Fischer, baz

Antragsteller Einbürgerung

Familie Jovanovic  
Frau Maliki Ahmeti  
Familie Chandrabalan

Es wird festgestellt, dass die Versammlung nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes einberufen worden ist. Zur Gemeindeversammlung sind die Stimmbürger/-innen frühzeitig eingeladen worden.

## **Traktandum 1**

### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 9. Mai 2007.**

---

Gemäss Organisations- und Verwaltungsreglement ist das Protokoll nicht mehr zu verlesen. Es ist 10 Tage vor der Versammlung in der Verwaltung aufgelegt und war dort einsehbar. Ergänzungen oder Korrekturen werden nicht verlangt.

://: Das Protokoll wird genehmigt.

## Traktandum 2

### **Genehmigung des Voranschlages 2008: Festsetzung der Steueranlagen, der Gebühren und Abgaben.**

---

Franz Meyer: In der Gesamtübersicht werden im Budget 2008 der Laufenden Rechnung folgende Werte ausgewiesen:

Aufwand	6 886 700.00
Ertrag	<u>6 905 900.00</u>
<b>Ertagsüberschuss</b>	<b>19 200.00</b>

Eintreten wird nicht bestritten.

### **Budgetgrundlagen**

Gegenüber der Vorlage ist eine Änderung nötig. Bei der Abstimmung vom 25. November 2007 haben die Stimmbürger eine Gesetzesänderung beschlossen. Neu darf der Kapitalsteuersatz ab 2008 höchstens 3,5 o/oo betragen. Damit ist der Satz von 4,5 o/oo auf 3,5 o/oo zu reduzieren.

Die übrigen Grundlagen im Budget sind gegenüber dem Vorjahr nicht verändert und werden im Detail erläutert.

Bei der GGA ist künftig mit einer Anpassung der Grundgebühr zu rechnen wegen den vorgesehenen Investitionen. Heute hat Grellingen eine sehr günstige GGA-Gebühr.

Anhand einer Folie wird die Gesamtübersicht erläutert. Im Budget der LR kann erfreulicherweise ein Ertragsüberschuss ausgewiesen werden.

### **Investitionsbudget**

2008 sind beachtliche Investitionen vorgesehen. Die Einnahmen ergeben sich aus Anschlussbeiträgen. Gegenüber 2007 wurden die Investitionen reduziert. Im Budget sind folgende Beträge enthalten:

Ausgaben	2 020 000.00
Einnahmen	<u>305 500.00</u>
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>1 714 500.00</b>

Anhand einer Grafik werden die Ausgaben in den Ressorts vorgestellt. Das intensivste Ressort ist die Bildung, gefolgt von der sozialen Wohlfahrt und der allgemeinen Verwaltung.

An die Bevölkerung wurde eine Kurzfassung abgegeben. Die Detailfassung ist umfangreich; sie liegt in der Verwaltung auf und kann dort eingesehen werden.

### **Allgemeine Verwaltung**

Neu enthalten ist die Funktion 025, Bauverwaltung. Die Gemeinden Blauen, Duggingen, Grellingen und Nenzlingen haben beschlossen, eine gemeinsame Bauverwaltung zu führen. Enthalten sind die Gesamtkosten. Grellingen hat einen Anteil von 5/12 zu tragen. Den Rest haben die Mitgliedergemeinden zu finanzieren. Die Gemeinden haben innert kurzer Zeit die Zusammenarbeit geregelt. In der Funktion 090 sind zusätzliche Abschreibungen beim Mobilien vorgesehen.

### **Öffentliche Sicherheit**

Die Kosten sind im Rahmen von 2007. Beim Zivilschutz Angenstein ist ein neuer Kommandoposten einzurichten.

Herr Saladin erkundigt sich, weshalb für die Rechnungsprüfung ein fremdes Büro beigezogen worden ist. Es bestehen Bedenken, dass ältere Personen überfordert sind. Die Rechnung darf nicht zu kompliziert werden.

A.: Die Kommission beabsichtigte ihre internen Abläufe zu überprüfen. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Gebührenstruktur zu überprüfen und Lösungen zu suchen. Derartige Unterstützungen sind üblich und sollten periodisch realisiert werden. Der Kanton gibt den Rahmen, wie eine Rechnung zu führen ist.

### **Bildung**

Primarschule: Die Lehrerlöhne sind subventioniert. Der Subventionssatz wurde etwas reduziert, weil die Gemeinde eine bessere Steuerkraft hat. Bei der Sekundarschule hat die Gemeinde die Schulraumkosten zu tragen.

Bei der Schulanlage sind zusätzliche Abschreibungen enthalten.

## **Kultur und Freizeit**

Der wesentliche Aufwand sind die Abschreibungen beim Begegnungszentrum. Investitionen müssen mit 10 % pro Jahr abgeschrieben werden. Dies ist eine Sicherheit.

Herr Ryser erkundigt sich, ob der Abschreibungssatz von 10 % die Obergrenze ist.

A.: Die Gemeinde hat alle Anlagen mit einem Satz von 10 % abzuschreiben. Sie kann aber auch zusätzliche Abschreibungen budgetieren.

## **Gesundheit**

Durch die Aufgabenteilung hat sich eine Kostenverschiebung ergeben. Beim Altersheim übernimmt der Kanton höhere Kosten.

Bei der ambulanten Krankenpflege hingegen hat die Gemeinde Zusatzkosten zu tragen.

## **Soziale Wohlfahrt**

Wegen der erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung wird bei der Sozialhilfe mit einer Entlastung gerechnet.

## **Verkehr**

Strassenanlagen müssen ebenfalls mit dem Satz von 10 % abgeschrieben werden. Etwas ansteigen wird der Beitrag an den Regionalverkehr.

Die Gemeinde hat zwei Sätze SBB-Tageskarten erworben, welche die Bevölkerung beziehen kann.

Auf 2008 wird die SBB den Tarif um rund 15 % anheben, weshalb der Preis pro Tageskarte ebenfalls angehoben wird. Die Dienstleistung wird von der Bevölkerung geschätzt. Tageskarten sind frühzeitig zu reservieren.

## **Umwelt, Raumordnung**

Herr Saladin: 2007 war ein Hochwasser. Im Budget ist lediglich ein Betrag von Fr. 5 000.00 enthalten, mit dem keine Bautätigkeiten finanziert werden können.

A.: Der Betrag ist lediglich für den Unterhalt vorgesehen. Die Gewässerverbauung ist im grösseren Rahmen zu lösen. Bspw. Räume für Überflutung, usw. Abklärungen sind eingeleitet.

## **Volkswirtschaft**

Die Gemeinde ist zuständig für den Unterhalt von Waldwegen. Enthalten ist erstmals ein Betrag von Fr. 15 000.00.

Beim Bahnhofkiosk kann ein erfreulicher Gewinn ausgewiesen werden. Das Neukonzept ist erfolgreich.

## **Steuern, Finanzen**

Bei den Steuern wird ein moderates Wachstum erwartet. Berechnet ist ein Anstieg der gesamten Lohnsumme von 2 % und ein Bevölkerungswachstum von 10 Personen.

## **Selbstfinanzierung**

Ausgewiesen wird eine SF von rund Fr. 500 000.00 für den steuerfinanzierten Bereich. Sie entspricht der Eigenfinanzierung von Investitionen. Bei der GGA ist die SF bescheiden, beim Wasser und Abwasser ist sie gleichwertig. Die SF ist eine wichtige Kennzahl.

## **Antrag Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission**

Die GRPK beantragt der Versammlung, das Budget zu genehmigen.

## **Beratung**

## **Abstimmung**

Der Gemeinderat beantragt der Versammlung, das Budget mit den vorgestellten Grundlagen zu genehmigen mit dem auf 3,5 o/oo reduzierten Kapitalsteuersatz.

Die Versammlung stimmt dem Antrag einstimmig ohne Gegenstimme zu.

## **Traktandum 3**

### **Erteilung des Gemeindebürgerrechtes an:**

**a) Familie Jovanovic: Herr Tomislav Jovanovic, Jg. 1950, Frau Milena Jovanovic geb. Radulovic, Jg. 1967, und die Kinder Dragan Jovanovic, Jg. 1991, und Milos Jovanovic, Jg. 1993; Staatsangehörige von Serbien und Montenegro.**

---

Herr Meyer: Die Gemeindeversammlung entscheidet über Einbürgerungen von Personen, die in der Gemeinde wohnen. Über die Personen werden verschiedene Abklärungen durchgeführt. Die Gemeinde prüft die Integration, die Kenntnisse über das Staatswesen und die Sprachkenntnisse. Zur Einbürgerung werden nur die Personen vorgeschlagen, welche diese Voraussetzungen erfüllen. Eintreten wird nicht bestritten.

Herr Jovanovic wurde in Kocine Selo, Serbien/Montenegro, geboren und ist dort zusammen mit zwei Schwestern bei seinen Eltern aufgewachsen. Dort hat er während acht Jahren die Volksschule besucht und anschliessend eine Ausbildung als Chauffeur abgeschlossen. Im März 1988 ist er erstmals in die Schweiz eingereist. Zwischen 1993 bis 2003 arbeitete er in einer Baufirma als Bauarbeiter. Heute ist er temporär als Kranführer tätig.

Frau Jovanovic wurde in Kijevac, Serbien/Montenegro, geboren. Dort ist sie bei ihren Eltern mit zwei Geschwistern aufgewachsen. In Kijevac hat sie während acht Jahren die Volksschule besucht und arbeitete anschliessend zwei Jahre im Service. Im Juni 1994 ist sie in die Schweiz eingereist. Seither ist sie in Grellingen bei ihrem Gatten wohnhaft. Heute ist sie vorwiegend als Mutter tätig und arbeitet temporär als Raumpflegerin.

Herr und Frau Jovanovic sind seit 6. März 1993 verheiratet und Eltern der Söhne Dragan, Jg. 1991, und Milos, Jg. 1993, die beide noch die Schule besuchen.

Aufgrund der Abklärungen der zuständigen Instanzen sind Herr und Frau Jovanovic in der Schweiz integriert – sie erfüllen die gesetzliche Wohnsitzpflicht, können sich gut in der deutschen Sprache verständigen und haben genügend Kenntnisse über das Schweizerische Staatswesen. Damit erfüllen sie die nötigen Voraussetzungen zur Einbürgerung. Ablehnungsgründe liegen nicht vor, weshalb die Kantons- und Bundesbehörden die Bewilligung zur Einbürgerung erteilt haben.

Die Einbürgerungsgebühr wurde vom Gemeinderat auf Fr. 1 000.00 festgesetzt, die bezahlt worden ist.

### **Beratung**

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beantragt der Versammlung, der Familie Jovanovic das Gemeindebürgerrecht zu erteilen.**

**Die Versammlung stimmt dem Antrag in der Mehrheit ohne Gegenstimme zu.**

## **b) Frau Mimoza Maliki Ahmeti, Jg. 1983, Staatsangehörige von Mazedonien.**

Eintreten wird nicht bestritten.

Frau Maliki wurde in Struga, Mazedonien, geboren, wo sie die ersten Lebensjahre bei ihrer Mutter zusammen mit drei Geschwistern verbracht hatte. Im Alter von 10 Jahren konnte sie im Rahmen des Familiennachzugs mit der Mutter und den Geschwistern in die Schweiz einreisen. In Grellingen hat sie während fünf Jahren die Volksschule besucht. Nach der Schule absolvierte sie eine Lehre als Hotelfachassistentin und anschliessend einen einjährigen Masterkurs. Heute arbeitet sie als Pflegeassistentin in einem Altersheim in der Region.

Seit 2005 ist Frau Maliki verheiratet. Mit ihrem Gatten wohnt sie hier in Grellingen, der im Baugewerbe arbeitet.

Frau Maliki erfüllt die gesetzlichen Voraussetzungen zur Einbürgerungen – sie wohnt seit über 10 Jahren in der Schweiz und hat gute Kenntnisse in der deutschen Sprache und über das Schweizerische Staatswesen. Ablehnungsgründe liegen nicht vor, weshalb die Kantons- und Bundesbehörden die Bewilligung zur Einbürgerung erteilt haben.

Die Einbürgerungsgebühr wurde vom Gemeinderat auf Fr. 500.00 festgesetzt, die bezahlt worden ist.

### **Beratung**

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beantragt der Versammlung, Frau Mimoza Maliki Ahmeti das Gemeindebürgerrecht zu erteilen.**

**Die Versammlung stimmt dem Antrag in der Mehrheit ohne Gegenstimme zu.**

**c) Familie Chandrabalan: Herr Sivakumar Chandrabalan, Jg. 1971, Frau Kavitha Sivakumar geb. Thurairajah, Jg. 1976, und die Kinder Sivanajani Sivakumar, Jg. 1999, und Akchayan Sivakumar, Jg. 2004, Staatsangehörige von Sri Lanka.**

---

Eintreten wird nicht bestritten.

Herr Chandrabalan wurde in Jaffna, Sri Lanka, geboren und ist dort bei seinen Eltern zusammen mit einem Bruder und einer Schwester aufgewachsen. In Jaffna hat er zehn Jahre die Grundschule besucht und anschliessend während anderthalb Jahren in einem kleinen Kaffee gearbeitet. 1989 ist er in die Schweiz eingereist; seit November 1999 wohnt er hier in Grellingen. Herr Chandrabalan arbeitet seit 2006 bei der Deutschen Bahn in Basel als Lagermitarbeiter.

Frau Sivakumar wurde ebenfalls in Jaffna, Sri Lanka, geboren und war dort bei ihren Eltern zusammen mit zwei Schwestern aufgewachsen. In Jaffna hat sie während 13 Jahren die Schule besucht. 1989 ist sie ebenfalls in die Schweiz eingereist und war 1999 zusammen mit ihrem Gatten von Augst nach Grellingen umgezogen. Heute ist sie als Hausfrau und Mutter tätig.

Herr Chandrabalan und Frau Sivakumar sind seit 1998 verheiratet und Eltern der Kinder Sivanajani, Jg. 1999, und Akchayan Sivakumar, Jg. 2004.

Aufgrund der Abklärungen der Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden erfüllen Herr Chandrabalan und Frau Sivakumar die gesetzlichen Anforderungen zur Einbürgerung. Ablehnungsgründe sind nicht bekannt, weshalb die Kantons- und Bundesbehörden die Bewilligung zur Einbürgerung erteilt haben.

Die Einbürgerungsgebühr wurde vom Gemeinderat auf Fr. 1 000.00 festgesetzt worden, die bezahlt worden ist.

### **Beratung**

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beantragt der Versammlung, der Familie Chandrabalan das Gemeindebürgerrecht zu erteilen.**

**Die Versammlung stimmt dem Antrag in der Mehrheit ohne Gegenstimme zu.**

## Traktandum 4

### **Bewilligung von Verpflichtungskrediten für folgende Projekte:**

#### **a) Fr. 79 000.00 für das Projekt Ausstellung Dorfgeschichte,**

Herr Meyer: In der Vergangenheit wurde immer wieder vorgeschlagen, eine Ausstellung über die Dorfgeschichte zu realisieren. Es bestünden interessante Projekte. Vor einem Jahr wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, den Umfang abzuklären und einen geeigneten Standort zu evaluieren.

Eintreten wird nicht bestritten.

Herr Giger: Vor Jahren haben verschiedene Initianten angeregt, eine Ausstellung zu realisieren. 2006 wurde eine Arbeitsgruppe AG eingesetzt mit dem Auftrag, Räumlichkeiten und einen geeigneten Standort zu evaluieren.

Mitglieder der AG sind: Anton Berner; Pierre Gürtler; Guido Maso, Museum Basel-Land; Josef Scherrer; Adrian Schmidlin; Vreni Kim; Wolfgang Niederberger und Roman Scherrer.

Die AG hat ein Grobkonzept vorgestellt mit möglichen Standorten: Gemeindehaus Dachgeschoss, Gemeindesaal, der nicht für Ausstellungen geeignet ist, Begegnungszentrum mit Keller und Erdgeschoss. Ziel war, kein Museum sondern eine Ausstellung zu realisieren. Als idealer Standort wurde das Begegnungszentrum mit Keller erachtet. Dafür hatte der Gemeinderat einen Kostenrahmen zwischen Fr. 50 – 60 000.00 definiert.

Ausgearbeitet wurde eine Kostenanalyse:

Ausstellungsvitrinen	Fr. 47 000.00
Konzept, Aufbereitung	Fr. 15 000.00
Gestaltung und Dokumentation	Fr. 10 500.00
Verschiedenes / Reserve	Fr. 6 500.00
<b>Total</b>	<b><u>Fr. 79 000.00</u></b>

Der Betrag ist im Investitionsplan 2008 nicht enthalten. Trotzdem ist das Projekt finanzierbar, weil 2007 verschiedene Projekte nicht realisiert worden sind.

Herr Schmidlin: Ein Ziel der Ausstellung ist, der Bevölkerung als Ergänzung zur Heimatkunde die Geschichte darzustellen. Es soll die Entwicklung der Siedlung aufgezeigt und vertraut gemacht werden sowie die Identifikation stärken. Angesprochen werden soll ein breites Publikum – Gäste und Besucher. Es soll eine Ausstellung entstehen, welche zu den Menschen geht.

Gezeigt werden soll in kurzen Abschnitten, was die Natur und die Menschen geschaffen haben. Von der Steinzeit bis zur Gegenwart. Es sollen nur Objekte aus Grellingen oder der direkten Umgebung gezeigt werden. Ziel ist eine moderne Ausstellung. Sie soll sich harmonisch in das Gebäude einfügen.

Die Kantonale Denkmalpflege unterstützt das Projekt. Die Beschreibung soll kurz und prägnant sein. Geschaffen würde eine Dokumentation.

Die Gestaltung würde an professionelle Fachleute delegiert. Kontakte wurden mit Museen aufgenommen. Die angesprochenen Personen unterstützen das Projekt. Angeboten werden Projekte als Leihgabe oder Schenkung. Bspw. Gegenstände aus der Steinzeit, Bronzezeit bis in die Neuzeit:

- Mammutstosszahn: Dauerleihgabe von Berner Museum.
- Harpune aus Hirschgeweih: Kantonsarchäologie Baselland.
- Schmuckstücke: Dauerleihgabe.
- Beschläge, Bolzen, Schnallen.
- Kopie der Urkunde über Ersterwähnung von Grellingen. 1274.
- Fotos: Turnverein, Schulpass, Arbeiterschaft, Inseli, usw.
- Planausschnitt, Brunnerplan.

Die Ausstellung soll eine Dauerausstellung werden und das Begegnungszentrum als Kulturort aufwerten.

Herr Scherrer: Wichtig ist, wie die Objekte sinnvoll und zweckmässig ausgestellt werden. Der Raum soll nicht zweckentfremdet werden. Heikel ist das Untergeschoss wegen der Raumbreite. Vorgesehen sind acht Vitrinen. Dimension 60 x 40 x 15 cm. Befestigt würden sie mit einer Konsole

auf einer Höhe von 120 cm, die gleichzeitig für das Elektrische dienen würde. Im Erdgeschoss sind sieben Vitrinen vorgesehen; davon zwei in grösserem Format. Im Untergeschoss soll die Ausrüstung eines Soldaten aus dem 1. Weltkrieg ausgestellt werden.

Für die Vitrinen wurden Abklärungen mit einer Spezialfirma getroffen. Die Behältnisse sind subtil, die Kosten beachtlich. Nötig sind auch Massnahmen gegen die Feuchtigkeit.

## **Beratung**

Herr Caderas: Die Vitrinen wirken störend im Gewölbekeller und an der Mauer.

A.: Die Denkmalpflege ist der Ansicht, sie würden den Raum aufwerten. Nötig wird eine permanente Pflege.

Herr Leutwyler: Die Raumbreite ist im UG knapp. Mit den Vitrinen wird der Durchgang zusätzlich verengt. Der Keller wurde sorgfältig gebaut. Der Querschnitt wird markant eingeschränkt. Der Standort ist deshalb nicht geeignet.

A.: Die Vitrinen sind in der Wölbung vorgesehen, die bereits eine Einschränkung ist.

Herr Ryser: Eine Aufwertung ist sinnvoll. Die Ausstellung hat keinen eigentlichen Nutzen. Sie beinhaltet eine Zweckentfremdung des Raumes. Der Standort ist nicht ideal. Zu überlegen ist der Standort. Die Kosten sind beachtlich. Das Projekt ist nicht für alle überzeugend. Alternative Räume wären die ehemaligen Schulzimmer.

A.: Der Kredit ist beachtlich. In den letzten Jahren wurde wenig Geld in die Kultur investiert. Derartige Projekte sind für eine Gemeinde sinnvoll. Der Betrag ist eine individuelle Beurteilung. Die AG erachtet das Begegnungszentrum als der richtige Raum. Feste können weiterhin gefeiert werden.

Herr Saladin: Die Ausstellung ist in dieser Art nicht sinnvoll und daneben. Sie darf nicht realisiert werden.

Herr Schülin: Der Arbeitsgruppe gebührt Dank für die Arbeit. Vieles wurde abgeklärt. Das Projekt ist der i-Punkt. Das Gemeindehaus ist heute das Gesicht der Gemeinde, die Ausstellungsobjekte die Wurzeln der Gemeinde. Der Gewölbekeller ist ein Kompromiss. Das Konzept ist durchdacht. Berechtigte Kritik ist immer möglich.

Herr Stürchler: Der Keller ist gut gestaltet und eine Bereicherung in der jetzigen Form. Die Vitrinen hingegen sind ein Hindernis im Untergeschoss.

Herr Ryser: Die Idee ist gut. Nicht ideal ist das Konzept. Es sollte nochmals überarbeitet werden.

Herr Saladin: In Basel werden für Ausstellungen grosse Gebäude gebaut, um Platz für die Ausstellung zu schaffen. Hier ist alles gedrängt.

**Herr Saladin stellt den Antrag, das Geschäft zu verschieben an eine Versammlung, bei der mehr Personen zugegen sind.**

**Für den Antrag stimmen 5 Stimmberechtigte – gegen den Antrag 22 Stimmberechtigte.**

Herr Kobler: Die Vitrinen sind für den Raum verträglich und eine Aufwertung. Die Ausstellung ist deshalb zu realisieren.

## **Antrag**

**Der Gemeinderat beantragt der Versammlung, den Verpflichtungskredit für die Ausstellung Dorfgeschichte zu genehmigen.**

**Die Versammlung stimmt dem Antrag mit 24 Stimmen zu 12 Gegenstimmen zu.**

## **b) Fr. 80 000.00 für die Erarbeitung des Zonenplanes und die Zonenvorschriften Landschaft.**

Eintreten wird nicht bestritten.

Herr Pabst: Markante Landschaftselemente prägen die Gemeinde - Birs, Wald. Die Landschaft ausserhalb der Bauzone umfasst rund 80 %. Dazu gehören auch die Landwirtschaftsflächen, die Spezialzonen, die Obstgärten. Mit dem Zonenplan Landschaft sollen der Rahmen festgelegt und verschiedene Ansprüche koordiniert werden. Bspw. für Wanderer, Reiter, Kletterer, Jäger.

Einbezogen werden die betroffenen Interessengruppen. Damit wird eine effektive Umsetzung der Planung gewährleistet.

Die Landschaftsplanung beinhaltet:

- Naturinventar: Plan M 1 : 5000. Überblick über Landschaft.
- Landschafts-Entwicklungskonzept: Zielkatalog, Ziel und Massnahmen. Wegweiser für wünschbare Entwicklung der Landschaft.
- Zonenvorschriften Landschaft: Zonenplan und Reglement Landschaft. Flächendeckend werden grundeigentümergebundene Nutzungsbestimmungen formuliert.
- Strassennetzplan: Richtplanähnlicher Charakter. Grundeigentümergebunden sind die Bereiche, wo ein Bau- und Strassenlinienplan nötig ist.
- Berichterstattung: Planungs- und Mitwirkungsbericht.

### Kostenzusammenstellung

1. Naturinventar	Fr. 20 000.00
2. Vorarbeiten	Fr. 4 000.00
3. Entwurf Landschaftsentwicklungskonzept	Fr. 15 000.00
4. Entwurf Zonenvorschriften Landschaft	Fr. 15 000.00
5. Kantonale Vorprüfung	Fr. 4 000.00
6. Öffentliche Mitwirkung	Fr. 7 000.00
7. Auswertung, Vorprüfung	Fr. 7 000.00
8. Bereinigung Zonenvorschriften	Fr. 5 000.00
9. Verschiedenes	Fr. 3 000.00
<b>Total</b>	<b><u>Fr. 80 000.00</u></b>

### Beratung

### Abstimmung

**Der Gemeinderat beantragt der Versammlung, den Verpflichtungskredit für die Erarbeitung des Zonenplanes und der Zonenvorschriften Landschaft zu genehmigen.**

**Die Versammlung stimmt dem Antrag in der Mehrheit ohne Gegenstimme zu.**

### **c) Fr. 345 000.00 für den Erschliessungsweg Unterdorf West und Genehmigung des Perimeterplanes und der Beitragstabelle.**

---

Eintreten wird nicht bestritten.

Herr Pabst: Am 07.12.07 hat die GV den Kredit für das Projekt Alterswohnungen bewilligt. Das Baugesuch ist eingereicht. Als nächster Schritt ist nun die Erschliessung zu realisieren: Weg, Beleuchtung, Strassenentwässerung. Die Werkleitungen für Wasser und Abwasser bestehen.

Den Landerwerb hatte die Gemeindeversammlung bereits beschlossen.

Im hinteren Teil ist das nötige Land entschädigungslos an die Gemeinde abgetreten worden.

Das Wegbauprojekt sieht vor, den Weg im vorderen Bereich auf eine Breite von 4 m auszubauen und im hinteren Teil auf 3 m. Am Ende ist ein Wendepplatz enthalten.

Auf der Westseite wird der Weg bis Höhe Pfarreiheim und Kinderspielplatz realisiert. Im hinteren Teil ist die Gestaltung des Deckbelages naturnah vorgesehen mit einem Unterbau, der bei Gemeindegewegen üblich ist. Realisiert würden Randabschlüsse und eine Strassenbeleuchtung.

Die voraussichtlichen Kosten sind:

1. Strassenbauarbeiten	Fr. 230 000.00
2. Strassenbeleuchtung	Fr. 48 000.00
3. Gärtnerarbeiten/Einfriedungen	Fr. 7 000.00
4. Werkleitung GGA	Fr. 10 000.00
5. Instandstellungsarbeiten/Geometer	Fr. 10 000.00
6. Honorare: Projekt/Bauleitung	Fr. 23 000.00
7. Unvorhergesehenes	Fr. 12 000.00
<b>Baukosten Total</b>	<b><u>Fr. 345 000.00</u></b>

Wegen der Teuerung sind die Kosten etwas höher als sie vor einem Jahr berechnet worden sind.

Für die Ingenieur- und die Strassenbauarbeiten wurde die Submission bereits durchgeführt. Bei den Strassenbauarbeiten liegen die Angebote zwischen Fr. 201 – 260 000.00.

Die Ausbaukosten werden getrennt nach Landerwerbskosten und Baukosten. Die Kosten werden auf der Grundlage des Strassenreglementes aufgeteilt; Grundlage ist der Perimeterplan. Die Aufteilung ist folgende:

Beitragspflichtige Baukosten ca.	Fr. 330 000.00
Landerwerb	Fr. 98 840.00
Anteil Grundeigentümer	
80 % der beitragspflichtigen Baukosten	Fr. 264 000.00
Landerwerbskosten	Fr. 98 840.00
<b>Anteil Grundeigentümer ca.</b>	<b><u>Fr. 362 840.00</u></b>

Im Perimeterplan wird der Kreis der beitragspflichtigen Parzellen definiert. Bis zu einer Bautiefe von 30 m beträgt der Anteil 100 %; darüber 50 %.

In der Kostenverteilungstabelle werden die Kosten pro Parzelle festgelegt. Die Perimeterfläche beträgt lediglich etwas über 6 000 m<sup>2</sup>, weshalb der Anteil pro m<sup>2</sup> relativ hoch ist.

Das Ablaufverfahren ist folgendes:

Vorverfahren. Information der betroffenen Grundeigentümer.

Kreditbeschluss durch Gemeindeversammlung.

Planaufgabe von Bauprojekt mit Einsprachemöglichkeit und Entschädigungsforderungen.

Die Gemeindeversammlung beschliesst den Perimeterplan.

Der Gemeinderat legt den Beitragssatz fest.

Die Grundeigentümer können bei der Perimeteraufgabe Beschwerde erheben.

#### **Beratung**

#### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beantragt der Versammlung, den Verpflichtungskredit für den Erschliessungsweg Unterdorf West mit dem zu genehmigen.**

**Die Versammlung stimmt dem Antrag in der Mehrheit gegen eine Gegenstimme zu.**

#### **d) Fr. 700 000.00 für den Ausbau des Ortsnetzes der Kabelfernsehanlage.**

Eintreten wird nicht bestritten.

Herr Leutwyler: 2001 wurde eine Offerte für den Ausbau angefordert. Ausgewiesen wurden damals Kosten von Fr. 250 000.00. Zu jener Zeit waren die Anforderungen bescheiden. Im Finanzplan wurden die voraussichtlichen Kosten eingestellt. Heute sind die Anfragen für einen Ausbau angestiegen. Im analogen Bereich hat die InterGGA aus Kapazitätsgründen verschiedene Sender abgeschaltet, für die eine Nachfrage besteht.

2005 wurde ein Vorprojekt in Auftrag gegeben für einen Netzausbau. Das Planungsbüro hat dafür Kosten von Fr. 930 000.00 ausgewiesen. Das Projekt wurde vom Gemeinderat hinterfragt. Ein Grund für die hohen Kosten war ein Technologiesprung, der 2005/06 eingetreten ist. Gesucht wurden Möglichkeiten für eine Optimierungen. Vorgesehen ist, die Hausanschlüsse zu redimensionieren und die Schächte zu belassen.

Der Kostenrahmen ist folgender:

Tiefbau	Fr. 112 500
LWL	Fr. 32 500
Grobverteilung	Fr. 202 000
Hausverteilung	Fr. 182 000
Ausbau HUB Aesch	Fr. 88 000
Honorare	Fr. 106 500
Nebenkosten	<u>Fr. 6 000</u>
Ausbaukosten	Fr. 729 500
Beiträge InterGGA, Gde. Nenzlingen	Fr. 96 000
Unvorhergesehenes	<u>Fr. 63 000</u>
<b>Total, exkl. MWStr.</b>	<b><u>Fr. 696 500</u></b>
Tiefbau	

Die Gemeinde Nenzlingen hat einen Anteil zu übernehmen, da sie das Signal am Dorfrand abnehmen wird. Einen Beitrag übernimmt ebenfalls die InterGGA in Reinach. Enthalten ist vorsorglich eine Reserve von rund 10 %.

Die Ausführung ist in drei Etappen vorgesehen.

1. Etappe: 2008, Grellingen West. Bereich Delsbergstrasse, Birsacker, Martisacker.
  2. Etappe: 2008/2009, Grellingen Süd. Gebiet südlich der Birs.
  3. Etappe: 2009/2010, Grellingen Nord. Gebiet Paradiesreben, Reben, Baselstrasse.
- Die Etappe West wird zuerst realisiert, weil Nenzlingen an einer Verbindung interessiert ist. Die dritte Etappe ist zeitlich abgestimmt auf die vorgesehenen Wegneubauten.

#### **Beratung**

Herr Ryser: Hat die Investitionen zur Folge, dass cabelcom nicht genutzt werden kann? Ist InterGGA der Provider? Ist der offene Wettbewerb gegeben?

A.: Von cabelcom sind keine Angebote möglich. Die Liberalisierung bezieht sich auf alle Anbieter. Die letzte Meile können künftig alle Anbieter nutzen. In Gemeinden der Grössenordnung wie Grellingen ist nicht absehbar, dass Konkurrenz von Dritten besteht. Dies ist in grösseren Agglomerationen der Fall. InterGGA hat keinen Bezug zu swisscom.

#### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beantragt der Versammlung, den Verpflichtungskredit für den Ausbau des Ortsnetzes der Kabelfernsehanlage zu bewilligen.**

**Die Versammlung stimmt dem Antrag in der Mehrheit ohne Gegenstimme zu.**

## Traktandum 5

### Verschiedenes

---

Die beiden nächsten wichtigen Termine der Gemeinde sind:

- 4. Januar 2008, 19.00 Uhr: Neuzuzüger- und Neujahrsapéro.
- 18. März 2008: Nächste Gemeindeversammlung mit wichtigen Geschäften

Herr Saladin: 1973 war Hochwasser. Beim Hochwasser 2007 war keine Alarmanrichtung vorhanden. Wenn der Pegel über 2 m steigt, ist die Bevölkerung zu warnen. Nötig ist eine Alarmanrichtung, um die gefährdeten Personen zu warnen. Lediglich ein Feuerwehrmann hat die Bevölkerung alarmiert.

Informiert wurden der Landrat, der Kanton und der Bund über die Situation. Eine Antwort liegt noch nicht vor.

A.: In einer Demokratie können alle ihre Meinung äussern. Vom Hochwasser waren viele Personen betroffen. Alle Gemeindepräsidien haben bei der Regierung interveniert und um ein Konzept er-sucht. Beim Hochwasser war die gesamte Feuerwehr im Einsatz. Die Feuerwehr hat gute Arbeit geleistet. Die Informationsflüsse waren nicht optimal. Lösungsansätze müssen überregional gesucht werden. Die politischen Instanzen müssen die Entschiede fällen. Die Feuerwehr und die Gemeinde hat das Möglichste getan. Die Aktivitäten sind eingeleitet.

Herr Schülin: Für die Gemeinde leisten viele Behördemitglieder wichtige Arbeit. Dank gebührt auch den Angehörigen und Familien im Hintergrund.

A.: Es können nicht immer alle persönlichen Wünsche erfüllt werden. Grellingen hat sich in den letzten Jahren erfreulich entwickelt. Es gibt Viele, die sich für das Allgemeinwohl einsetzen. Ihnen gebührt ein spezieller Dank.

Der Gemeinderat wünscht allen besinnliche Weihnachten und Glück im neuen Jahr.

Schluss der Versammlung: 22.15 Uhr.

Für das Protokoll:

Der Versammlungsleiter

Der Verwalter